



Kirche muss Politik

Angelehnt an den Artikel "**Kirche kann Innovation**" von Mag. Ruth Madl in Denken+Glauben (Nr. 184, S 18f) und verknüpft mit dem im Bild erwähnten Wort von Papst Franziskus, an das Bischofsvikar Heinrich Schnuderl erinnerte, **müssen** wir uns als Christinnen und Christen politisch engagieren, um uns so für das Gemeinwohl einzusetzen.

„Der Einsatz für das Gemeinwohl ist ein Muss für uns Christen.“ Damit zitierte Bischofsvikar Dompfarrer Heinrich Schnuderl in seiner Laudatio Papst Franziskus, der in einer Ansprache an Jugendliche aufgerufen hatte: „Wir müssen uns in die Politik einmischen, denn die Politik ist eine der höchsten Formen des Nächstenliebe, denn sie sucht das Gemeinwohl.“ Leider, so Schnuderl, habe

Quelle: Sonntagsblatt, 2017-05-14, S 10



Verleihung des Päpstlichen Gregorius-Ritterordens an den Landeshauptmann der Steiermark am 5. Mai im Refektorium des Grazer Priesterseminars. Im Bild von links Laudator Bischofsvikar Heinrich Schnuderl, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, seine Gattin Marianne Schützenhöfer und Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl.

Foto: Velchov

Um soziale Randgruppen über das NOTwendige caritative Engagement hinaus auch politisch und damit **präventiv** zu unterstützen, bedarf es auch struktureller Verbesserungen auf der Ebene der Gesetze. So heißt es in der COMECE-Erklärung vom 12.12.2016 „Verschafft Recht den Unterdrückten“ (Psalm 82,3):

"Aus Sicht der Katholischen Soziallehre ist Armut zumeist Ergebnis von strukturellen Barrieren, die Menschen in ihren Möglichkeiten begrenzen und sie somit in ihrer persönlichen Entwicklung und Freiheit, in Würde zu leben, einschränken."

Unser Ziel im **Handeln** sollte sein, durch "äußere gerechte Zustände" bei den von Armut betroffenen Menschen eine "innere Bekehrung zum Guten" zu unterstützen (vgl. Peter Schallenberg in Zivilökonomie).

Um dies zu erreichen, werden wir als Mitte der Gesellschaft aufstehen und uns darum bemühen, soziale Randgruppen politisch zu stärken; nicht zuletzt auch deshalb, weil sie unsere **Stützmauern** sein können, wenn es darum geht, ein Abrutschen ins soziale Abseits zu verhindern.



Aus Sicht der Katholischen Soziallehre ist Armut zumeist Ergebnis von strukturellen Barrieren, die Menschen in ihren Möglichkeiten begrenzen und sie somit in ihrer persönlichen Entwicklung und Freiheit, in Würde zu leben, einschränken. Sie zeigt sich in vielfältiger Weise und lässt sich nicht allein auf einen Mangel an finanziellen Mitteln reduzieren, sondern bezieht sich auf alle Aspekte des Lebens, die persönliche Entwicklung hemmen. Dies schließt einen unzureichenden Zugang zu Bildung, Sozialdienstleistungen und Energie, aber auch die Folgen der Umweltzerstörung mit ein.

aus: COMECE-Erklärung vom 12.12.2016 "Verschafft Recht den Unterdrückten" (Psalm 82,3)

... es geht um einen Ausgleich (2Kor 8,13)

durch Mut zur Eigeninitiative

Um den verschiedenen Formen struktureller Ausgrenzung wirksam begegnen zu können, bedarf es in einem demokratischen Staatswesen einer lebendigen Kraft aus der Mitte der Gesellschaft. In ihr spiegelt sich "eine Vielfalt und eine Verschiedenheit, die der Einheit nicht nur nicht im Wege stehen, sondern ihr im Gegenteil den Charakter der 'Communio' verleihen" (Communio notio 15).

Wie die europäischen Bischöfe in ihrer COMECE-Erklärung vom 12.12.2016 die EU auffordern, "ihren Dialog mit allen relevanten Akteuren zu verstärken", ebenso sehr sind wir im Rahmen der Diakonie auf nationaler Ebene aufgefordert, den Interessenausgleich zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen zu suchen und strukturell zu manifestieren. Ohne diese Bemühungen blieben viele weiterhin arm!



Aus der Mitte der Gesellschaft empfohlene und gewürdigte Menschen aus Politik, Wirtschaft, Kunst & Kultur oder sozialen Diensten können die damit dem Interessenausgleich verbundenen Aufgaben zB im Rahmen von ZivilFAIRsammlungen leisten und so die erforderlichen

Brückenfunktionen erfüllen. Diese bestehen zuerst darin, **Themen der Ausgegrenzten & Randgruppen** in den Vordergrund zu rücken, ganz nach dem Motto des schwächsten Gliedes, an dem die Kette - in unserem Fall die Gemeinschaft - zu brechen droht. An zweiter Stelle steht der Meinungsaustausch mit parteipolitischen Interessenvertreter*innen im Sinne von Town-Hall-Meetings. Dies erfordert unser Engagement für die Wahl unserer Vertreter*innen in ZivilFAIRsammlungen, denn die Verantwortung für die Gestaltung eines friedlichen Miteinander beginnt bei uns.

"... erst eine innere Bekehrung verwandelt die äußeren Umstände, aber zugleich stützen und ermöglichen äußere gerechte Zustände eine innere Bekehrung des Menschen zum Guten, der ohne äußere Gerechtigkeit der inneren Lieblosigkeit zum Opfer fiele." Peter Schallenberg, in: Zivilökonomie, 2013, S 23



Wir bauen mit.auf

Ungeregelte Märkte verteilen nach dem Prinzip des Stärkeren. Dass dies zu sozialen Ungleichgewichten führt und letzten Endes den Frieden zwischen den Teilnehmenden gefährdet sei unbestritten. Trotz der vielen Organisationen, die sich um einen Ausgleich verschiedener Interessen bemühen, eröffnen sich hinsichtlich einer **FAIRteilung** der erwirtschafteten Früchte fortwährend Handlungsfelder aufgrund fehlender **Gegenmacht**. Die Frage, die sich viele zB auch im Rahmen ihrer Arbeit als Mitglied eines Pfarrgemeinderates stellen, lautet:

Was können **WIR** tun?

Gehen wir davon aus, dass Ungleichheit und Armut Gesundheit beeinträchtigen und Leben verkürzen kann, dann sind wir im Rahmen der Diakonie wie Pastoralassistent*innen aufgerufen, uns für Randgruppen sozialpolitisch zu engagieren: **konkret vor Ort** oder **präventiv als politische Gegenmacht**.

Irgendwo dazwischen liegt die oft vorgebrachte Forderung zur Förderung von Bildungschancen. Diese Aufgabe wird durch das AMS zum Teil abgedeckt. Doch die gesetzlichen Vorschriften (AMSG § 29) gehen darüber hinaus:

(1) ... [Details siehe Webseite] (2) Das Arbeitsmarktservice hat zur Erreichung dieses Zieles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind, ...

1. ... 4. **quantitative** oder qualitative **Ungleichgewichte** zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage zu **verringern**.

Weil auch andere Entscheidungsträger davon ausgehen, dass der quantitative Aspekt der Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt vorwiegend mit ausgabenorientierter Konjunkturpolitik bewerkstelligt werden kann, bleibt diese gesetzliche Bestimmung den **MARKTKräften** überlassen, denn: Konjunkturpolitik ist in einer offenen Wirtschaft eher selten in ausreichendem Maße (siehe Multiplikatoreffekt) zielführend.

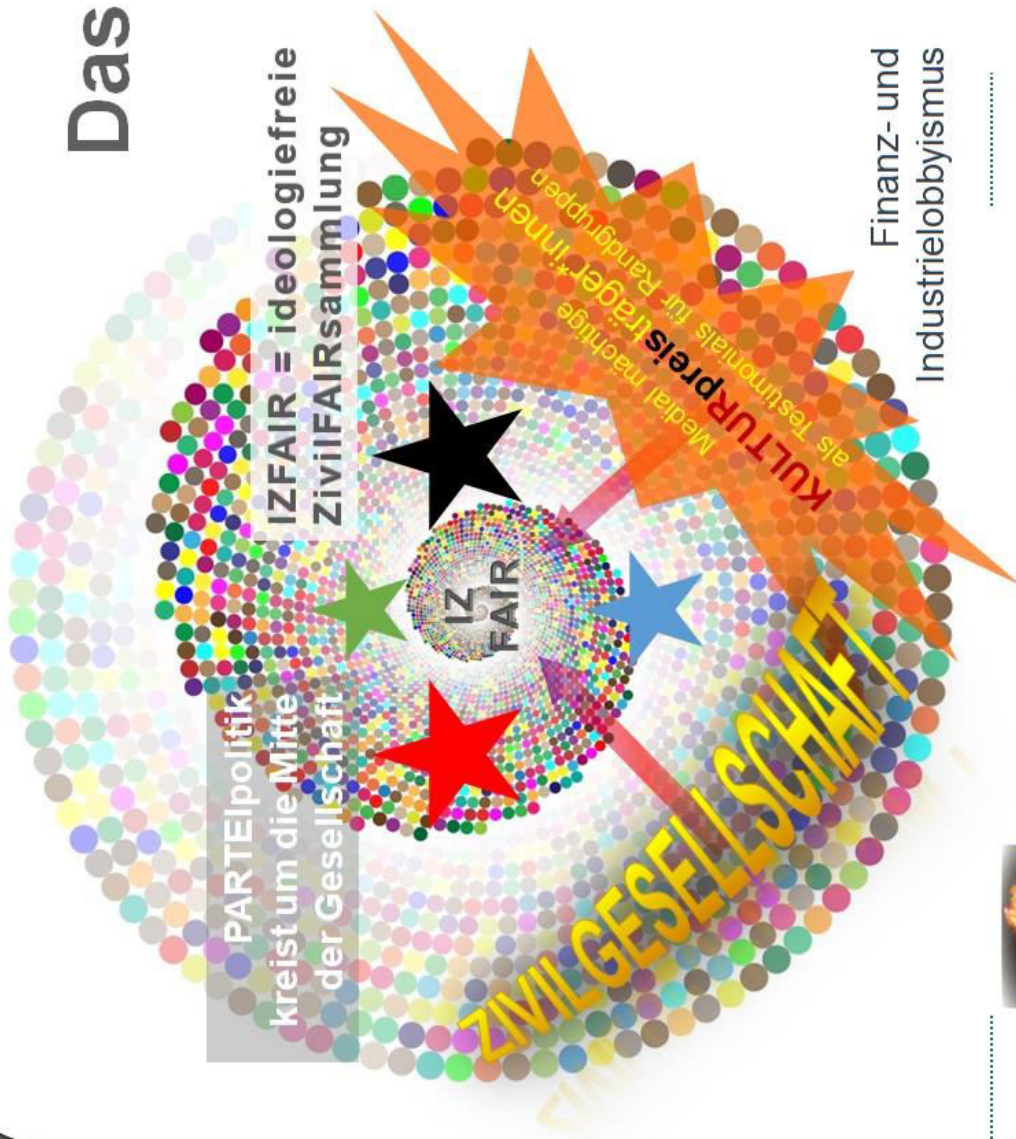
FAIRteilung ist allerdings **jederzeit und überall** möglich und **NOTwendig!**

Womit wir bei der sozialpolitischen Gestaltung durch die erwähnte *Gegenmacht* sind, denn die **MACHTverhältnisse** auf den Arbeitsmärkten produzieren Erwerbslose und prekär Beschäftigte und missachten so systematisch Schutzrechte gegen Armut und soziale Ausgrenzung inklusive Diskriminierung in der Form des Gender Pay Gap. Sir Anthony B. Atkinson formulierte dies so:

„In erheblichem Maße erwächst das Marktergebnis gegenwärtig aus der Verhandlungsmacht der verschiedenen Teilnehmer. Wenn Menschen auf Null-Stunden-Verträge ohne Lohngarantie eingehen, so deshalb, weil sie auf dem Arbeitsmarkt **machtlos** sind. Wie erwähnt, müssen wir Vorkehrungen treffen, um ein gerechtes Machtgleichgewicht zwischen den Parteien solcher Verhandlungen herzustellen – mit anderen Worten, wir müssen die **Gegenmacht** der Verbraucher und Arbeitnehmer stärken.“ (Ungleichheit, S 191)

Am sinnvollsten wird es sein, wenn Betroffene und ihre Fürsprecher (Beistände) sich organisieren und einander stärken. Ein „**Parlament der Arbeit Suchenden**“ oder eine „**ZivilFAIRsammlung**“ als Ergebnis überregionaler Kooperation von **Kulturpreisträger*innen** könnten diesbezüglich wesentliche Beiträge leisten.

Das Zentrum fairteiler Macht ist bunt



Ein effektiver parlamentarischer Einfluss der Zivilgesellschaft kann bei regionalen **KULTURpreisverleihungen** beginnen und über nationale **ZIVIIFAIRsammlungen** führen



Impulse > Kooperieren

Die bunte Zivilgesellschaft ist DER Souverän in einer lebendigen Demokratie

